

# Druck auf BLT und AAGL

Buslinien Regierung muss Ausschreibung prüfen, obwohl niemand alle Linien ausschreiben will

VON HANS-MARTIN JERMANN

Im schwebenden ÖV-Streit zwischen der Baselland Transport AG (BLT) und der Autobus AG Liestal (AAGL) hat der Landrat gestern einen ersten Entscheid gefällt: Mit 48 zu 26 Stimmen bei 3 Enthaltungen hat das Parlament einen Vorstoss von FDP-Landrat Christoph Buser überwiesen, wonach die Regierung die Ausschreibung aller Buslinien im Kanton prüfen muss. Dieser ist an einem möglichst kostengünstigen ÖV interessiert, wie die zuständige Verkehrsdirektorin Sabine Pegoraro (FDP) ausführte. Der gestrige Landratsentscheid soll demnach Bewegung in die Vergabe der Linien und die Preise bringen. Allerdings bedeutet das Ja keine Absage an die kleine AAGL, die im Ruf steht, ihre Linien zu teuer anzubieten. Doch auch das Gegenteil, dass mit dem Vorstoss die günstigere Offerte der BLT für die AAGL-Linien ausgeschrieben werden soll, trifft nicht ohne weiteres zu.

## Keine Kampffpreise auf den Strassen

Was bezweckt der überwiesene Vorstoss dann? Buser selbst sprach davon, dass sich der Kanton fragen solle, nach welchen Kriterien und zu welchen Preisen er bei den ÖV-Unternehmen Leistungen einkauft. «Das ist kein Misstrauensvotum gegenüber der BLT. Diese macht einen guten Job», stellte Buser klar. Grünen-Fraktionschef Klaus Kirchmayr ist im Parlament von Busers Antipode. Doch in diesem Fall warb Kirchmayr für die Idee des Wirtschaftskammer-Direktors: Es mache Sinn, dass der Kanton jetzt die Leistungsvereinbarungen mit den ÖV-Unternehmen unter die Lupe nehme. Damit könne er in einem zweiten Schritt entscheiden, ob einige Linien tatsächlich ausgeschrieben werden sollen. «Darum geht's jetzt noch nicht.» Schliesslich seien Ausschreibungen teuer und mit hohem bürokratischen Aufwand verbunden, fügte Kirchmayr an.

«Wir brauchen diese Diskussion nicht», entgegnete der Gelterkinder SP-Landrat Martin Rüegg. Wer die Interviews in der bz mit den Verwaltungsratspräsidenten von AAGL und BLT gelesen hat, der habe festgestellt: Beide Chefs wehren sich gegen eine flächendeckende Ausschreibung der Buslinien. «Denn dann bestünde tatsächlich die Gefahr, dass auswärtige Unternehmen mit Kampffpreisen auf unsere Strassen drängen. Das wollen wir nicht», sagte Rüegg. Vor einem Preiskampf im Baselland warnte auch die Ettinger CVP-Landrätin und BLT-



Die AAGL-Linien (hier am Bahnhof Liestal) seien zu teuer, heisst es. Nun werden alle Buslinien im Kanton überprüft. KEN



**«Das ist kein Misstrauensvotum gegenüber der BLT. Diese macht einen guten Job.»**

Christoph Buser FDP-Landrat und Wirtschaftskammer-Direktor

Verwaltungsrätin Christine Gorregourt: Ein solcher könne letztlich zu einer schlechteren Qualität des öffentlichen Verkehrs führen, sagte sie und verwies auf die Privatisierung des Bahnverkehrs in England.

## Neuer Deal mit der AAGL?

Demgegenüber forderte der Birsfelder FDP-Landrat und AAGL-Verwaltungsrat Christof Hiltmann, dass alle ÖV-Unternehmen gleich behandelt werden müssten – unabhängig davon, wie stark der Kanton an den Unternehmen beteiligt ist. Bekanntlich hält der Kanton bei der öffentlichen BLT 43 Prozent der Aktien und er besetzt fünf der neun Verwaltungsräte; bei der privaten AAGL sind es bloss 22 Prozent der Aktien und das Vorschlagsrecht für einen einzigen Verwaltungsrat. «Uns Landräte muss vor allem interessieren: Wie viel öffentlicher Verkehr kriegen wir für den Steuerfranken?», sagte Hiltmann und warb damit für den Vorstoss seines Parteikollegen Buser.

Regierungsrätin Pegoraro stellte nach der Debatte klar, dass nun sicher nicht «wie wild» ÖV-Linien ausgeschrieben werden. Allerdings stellte sie in Aussicht, dass im spezifischen Fall der AAGL-Linien bis Ende Jahr ein Entscheid der Gesamtregierung vorliegen soll. Diese fuhr in den vergangenen Monaten einen Zickzack-Kurs: Nachdem im Juni bekannt wurde, dass eine Offerte der BLT für die zehn Buslinien der AAGL vorliegt, hiess es zunächst, dass die Regierung die Ausschreibung der Linien bereits beschlossen habe.

Später krebste die Kantonssekretive, die sich intern offensichtlich uneinig ist, zurück. Klar ist: Eine öffentliche Ausschreibung würde die kleine AAGL kaum überleben. Hinter vorgehaltener Hand heisst es, die Regierung habe der AAGL in der Zwischenzeit eine Vereinbarung unterbreitet, wonach Letztere die zehn Buslinien um 700 000 Franken günstiger pro Jahr betreiben soll. Demgegenüber offeriert die BLT die AAGL-Linien für 2,1 Millionen günstiger.

## ◆ Rat-atouille

### Neophyten in Randregionen

◆ **Richterich und Knöterich**  
Obwohl selbst Mathelehrer Paul Wenger (SVP) vor dem exponentiellen Wachstum der Neophyten warnte (Artikel unten), blieb FDP-Fraktionschef Rolf Richterich skeptisch: «Schon als Bub hab ich daheim mit japanischem Knöterichen gespielt. Und unser Bachbord rutschte in 50 Jahren nie ab. Es kann also nicht so dramatisch sein. Sonst müsste der Knöterich ja schon von meinem Laufer Bach nach Holland gefunden haben.» Da erwiderte Christine Gorregourt (CVP): «Ach wären wir doch alle Rolf, dann hätten wir schon als Kind alle Knöteriche spielend abgeschnitten.»

◆ **Landbewohner Spiess**  
SVP-Landrat Hans-Urs Spiess aus Rothfluh wehrt sich gegen den Abbau des Service public und ist stolzer Bewohner des ländlichen Raums. Den Begriff Randregionen hasst er: «Neben meinem Haus geht es nicht steil nach unten», sagte er in der Post-Debatte.

## ◆ Webers Zwölfpunkteplan

Kurz vor Sitzungsende erteilte Ratspräsidentin Elisabeth Augstburger Regierungsrat Thomas Weber das Wort. Somit wurde ihm die Ehre zuteil, im Landratsaal das letzte Statement im Jahr 2017 zu halten. «Ich möchte meine Ausführungen in zwölf Punkte gliedern», begann Weber – und schob einige debattierwürdige Landräte auf die Rolle. Tatsächlich nahm Weber zu zwei Punkten Stellung – schliesslich wollte auch er rasch an den Weihnachtsapéro.

## AUS DEM LANDRAT

### KEIN TEUERUNGS-AUSGLEICH Personalverbände rufen zu Widerstand auf

Dass der Landrat am Mittwochabend dem Staatspersonal auch für 2018 keinen Teuerungsausgleich bewilligte, macht die Arbeitsgemeinschaft Baseltender Personalverbände (ABP) wütend. In einer Mitteilung rufte sie die Angestellten dazu auf, sich zu überlegen, welche Protestmassnahmen sie bereit seien, mitzutragen. (BZ)

## Standesinitiative

### SP-Erfolg gegen Poststellen-Abbau

Gegen die Schliessung von Poststellen wehrt sich der Landrat mit einer Standesinitiative. Er hat gestern einen Antrag von SP-Präsident Adil Koller mit 40 zu 36 Stimmen bei einer Enthaltung an die Regierung überwiesen. Die Standesinitiative fordert unter anderem ein Moratorium bei der Schliessung von Poststellen, bis eine konzeptionelle Netzplanung vorliegt. Zudem verlangt sie anfechtbare Beschlüsse der Postcom und, dass sich auch Bürger an die Postcom richten dürfen. Ähnlich lautende Initiativen sind bereits in den Parlamenten der Kantone Wallis und Tessin überwiesen worden.

Unterstützung bekam die SP von Grünen/EVP, CVP/BDP und den beiden FDP-Mitgliedern Andrea Kaufmann (Waldenburg) und Jürg Vogt (Allschwil). Vor einem Abbau der Poststellen brauche es eine Diskussion über die gewünschte Versorgung, hiess es. Gegen die Standesinitiative sprachen sich SVP, GLP/GU sowie eine Mehrheit der FDP-Fraktion aus. Es sei Realität, dass immer weniger Personen Angebote der Post nutzen würden. Im Baselland droht sechs Poststellen bis 2020 das Aus. Ersatzlose Schliessungen sollen laut Post vermieden werden. Die Überprüfung der Filialen ist Teil einer 2016 angekündigten Umstrukturierung. (SDA)

# Neophyten überwuchern Spardoktrin

**Budgetdebatte Tag 2** Fünf Millionen Franken Überschuss verbleiben im Budget 2018. Neu belastet wird es durch mehr Geld für die Neophyten-Bekämpfung und das Stipendien-Wesen.

VON MICHAEL NITTAUS

Wenn am Ende einer Budgetdebatte sowohl Mirjam Würth (SP) als auch Georges Thüring (SVP) strahlen, dann weiss man, dass es nur um ein Thema gehen kann: Neobiota. Die Bekämpfung der invasiven Lebewesen, insbesondere der von fernen Ländern eingedrungene Pflanzen (Neophyten), die die heimische Flora und Fauna gefährden, haben sich die zwei sonst so unterschiedlich tickenden Landräte auf die Fahne geschrieben. Während Würth seit Jahren jeweils mit Budgetpostulaten um mehr Geldmittel dafür bittet, hat Thüring schon Ausreis-Aktionen organisiert, um den skeptischen Landratskollegen die Ausbreitung von Neophyten im Baselland aufzuzeigen.

Gestern war es also wieder so weit: Nachdem der Landrat aus Spargründen zu- letzt zwei Jahre in Folge Würths Antrag abgelehnt hatte, stimmte er nun den zusätzlichen Mitteln von 300 000 Franken für 2018 zu. Dies denkbar knapp mit 42 zu 38 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Während SP, Grüne, EVP, GLP und GU geschlossen da-

für stimmten und die FDP dagegen, sorgten eine gesplante CVP sowie mehrere abtrünnige SVPLer für den Sieg der Neophyten-Jäger. Neben Thüring waren dies Susanne Strub, Paul Wenger, Anita Biedert und Martin Karrer.

## Antrag für ein oder vier Jahre?

«Ich bin total überrascht und sehr glücklich», sagt Würth im Anschluss zur bz. Die 57-jährige Biologin und Präsidentin von Pro Natura Baselland konnte sicher auch mit ihrer Glaubwürdigkeit punkten, da sie auf dem Gebiet geforscht hat. Vor allem ein Argument verfiel: Neophyten breiten sich exponentiell aus. «Da muss ich der linken Ratseite recht geben. Exponentielles Wachstum steigert sich immer schneller bis ins Unendliche», sagte Mathematiklehrer Paul Wenger. Dass Umweltdirektorin Sabine Pegoraro darauf verwies, dass man ja durchaus jährlich eine halbe Million Franken investiere und der Landrat selbst erst im Februar die zusätzlichen Gelder der Neobiota-Strategie des Kantons aus Spargründen auf die Jahre 2020 bis 2024 verschoben habe, konnte daher nicht beruhigen. Umso schneller reagiert wird, desto günstiger ist es nämlich.

Unklar ist, ob die 300 000 Franken nur das Budget 2018 belasten oder bis 2021 gesichert sind. «Finanzdirektor Anton Lauber hat in der Kommission selbst gesagt, dass Budgetanträge im Aufgaben- und Finanzplan 2018-21 automatisch auf alle Jahre wirken», sagt Würth. Daher habe sie keinen

# 5

Millionen Franken beträgt nach dem mit 57 zu 20 bei 4 Enthaltungen gefassten Landratsbeschluss der prognostizierte Überschuss im Baselländischen Budget 2018. Nur die SP lehnte den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2018-21 ab. Der Aufwand 2018 beträgt 2,735 Milliarden Franken, der Ertrag 2,74 Milliarden Franken. Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf 254,5 Millionen Franken. Der Finanzierungssaldo liegt mit 146,4 Millionen Franken im Negativen. Die weiteren Planjahre des AFP liegen trotz der Landratsentscheide ebenfalls noch im Plus:

2019: 16,6 Mio. Franken  
2020: 8,0 Mio. Franken  
2021: 58,9 Mio. Franken.

separaten AFP-Antrag gestellt. So würde die Belastung also auf total 1,2 Millionen Franken steigen. Davon zeigt sich Pegoraro gegenüber der bz irritiert. Man habe nur mit einmalig 300 000 gerechnet. Man werde dies mit Würth nochmals besprechen.

## Geschwind will auf Darlehen setzen

Die zweite Überraschung gab es beim Stipendien-Wesen. Hier drang Roman Brunner (SP) mit dem Budget- und AFP-Antrag durch, die Stipendien für Zweitausbildungen nicht zu kürzen. Die Bildungsdirektion (BKSD) von Monica Gschwind plante das als Ersatzmassnahme, um nicht wie die anderen Direktionen den Personalaufwand um zehn Prozent reduzieren zu müssen. Mit 43 zu 40 bei einer Enthaltung wehrte dies Mitte-Links gegen SVP und FDP ab. 2018 belastet der Entscheid die Planung mit 1,4 Millionen Franken, 2019 mit 2 Millionen und 2020/21 mit jeweils 2,9 Millionen. Auch hier gibt es aber eine Unsicherheit: Die BKSD ist bereits daran, eine Vorlage zu erarbeiten, wie die Ersatzmassnahme genau wirken soll. Zur bz sagt Gschwind: «Wir wollen gar nicht die Stipendien kürzen, sondern eher auf Darlehen setzen.» Der Landratsentscheid könnte am Ende also ins Leere laufen.

Keine Wirkung aufs Budget hat der dritte angenommene Antrag des Tages: Per 2019 soll ein Indikator eingeführt werden, der den Zustand der kantonalen Liegenschaften erfasst und überprüft, ob die für den Werterhalt bereitgestellten Mittel genügen.